Schriften für Politik und Auslandskunde

Herausgegeben von Prof. Dr. F. A. Six

Prof. Dr. Friedrich Grimm

Die neue Kriegsschuldlüge

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Schriften für Politik und Auslandskunde

Herausgegeben von Prof. Dr. F. A. Six

Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut

Heft 62

Friedrich Grimm

Die neue Kriegsschuldlüge

DIE NEUE KRIEGSSCHULDLÜGE

VON

PROF. DR. FRIEDRICH GRIMM

1940

JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN

Druck der Hofbuchdruckerei C. Dünnhaupt K.-G., Dessau.

Als Eduard Daladier am 3. September 1939 seinen Aufruf an das französische Volk richtete, mit dem er diesem von dem Kriegszustand mit Deutschland Kenntnis gab, wußte er zur Begründung dieses neuen Krieges nichts anderes zu sagen als: „Wir führen den Krieg, weil man ihn uns auferlegt hat."

Seitdem ist dieses Wort vom „Krieg, der uns auferlegt ist", die Verlegenheitsparole geworden, mit der man in Frankreich den Krieg populär zu machen sucht. Es schließt zugleich den Text des amtlichen französischen Gelbbuches ab, in dem die französische Regierung sich bemüht, den Völkern Europas die Kriegsentstehung in ihrem Sinne darzulegen.

Es handelt sich in der Tat um eine reine Verlegenheitsformulierung, und es blieb selbst in Frankreich nicht unbemerkt, daß in dieser Formel nicht einmal ausgedrückt war, wer denn eigentlich Frankreich diesen Krieg auferlegt haben sollte. Die Geschichte wird diese Frage einmal in dem Sinne beantworten, daß nicht Deutschland, sondern England, im Bunde mit den Kriegstreibern im eigenen Land, dem französischen Volk diesen Krieg auferlegt hat.

Offenbar zögerte die französische Regierung, vor dem eigenen Volke allzusehr erkennen zu lassen, daß diesmal, im Gegensatz zu 1914, Frankreich es war, das Deutschland den Krieg erklärte. Darauf ist es wohl zurückzuführen, daß in der Erklärung Coulondres vom 3. September 1939, die den Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführte, das Wort „Krieg" ängstlich vermieden wird und nur von Erfüllung der Pflicht gegenüber Polen die Rede ist. So begreift man auch, daß diese Erklärung Coulondres im französischen Gelbbuch unter der Nummer 367, S. 344, im Inhaltsverzeichnis mit der harmlosen Überschrift: „Herr Coulondre zeigt an, daß die Antwort der deutschen Regierung negativ ist", versehen wurde.

Man hatte 1914—1918 immer wieder dem französischen Volke klargemacht, daß das Deutschland Wilhelms II. dem friedlieben-

den Frankreich den Krieg erklärt habe, infolgedessen auch für den Krieg verantwortlich sei. Man hütete sich demnach jetzt, allzu deutlich dem französischen Volke zu sagen, daß es diesmal umgekehrt sei, und vermied es deshalb sogar, im Gelbbuch die englische Erklärung vom 3. September 1939 abzudrucken, in der die Kriegserklärung durch England mit aller Brutalität deutlich enthalten ist.

Noch war kein Jahr verstrichen, daß Daladier, der ehemalige Frontkämpfer, von München zurückgekehrt und in Paris von allem Volk mit Jubel als Retter des Friedens empfangen worden war. Er hatte damals das berühmt gewordene Wort gesprochen: „Ich habe in München das Herz des deutschen Volkes schlagen hören." Wie sollte er jetzt dem französischen Volke klarmachen, daß dieses selbe deutsche Volk, dessen Friedensliebe so klar zutage getreten war, Frankreich den Krieg aufgezwungen habe?

So griff er auf die Formel zurück, die den Funktionären des Quai d'Orsay seit Versailles vertraut war, die alte Kriegsschuldformulierung des Artikels 231 des Versailler Diktates: „Die Alliierten erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten für alle Schäden verantwortlich sind, die die Alliierten infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten auferlegt wurde."

Man hatte also nichts gelernt und begnügte sich mit der etwas einfachen Behauptung, daß Deutschland eben immer der schuldige Teil sei.

So stehen denn die Völker wieder vor der Frage, die sie seit 1914 in Unruhe und Spannung gehalten hat, wer die Verantwortung dafür trägt, daß es immer wieder zwischen den größten Staaten Europas zum Kriege kommt; und es ist anzunehmen, daß die Frage nach der Verantwortung für den neuen Krieg einmal eine ebenso große Rolle in der Auseinandersetzung mit England und Frankreich spielen wird, wie dies bei der Kriegsschuldfrage für den Krieg von 1914—1918 der Fall war.

Für eine abschließende wissenschaftliche Behandlung der neuen Kriegsschuldfrage ist die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin geben die bislang veröffentlichten Weiß-, Blau- und Gelbbücher schon ein hinreichendes Bild über den Gang der Ereignisse, die im September 1939 zu dem neuen Kriege führten.

Darüber hinaus haben die Zeitgenossen das Recht und die Pflicht, zu der Frage der Entstehung von Kriegen Stellung zu nehmen, sei es auch nur nach Art von Zeugen, die das Zeitgeschehen miterlebten und nun von ihrem Erlebnis Zeugnis ablegen, dessen Wert spätere Geschichtsschreiber abwägen mögen. Dabei mag es dahingestellt bleiben, welchen Wert man dem Zeugnis der Zeitgenossen neben der Beweiskraft der diplomatischen Urkunden beilegt. Die Zeugnisse der Zeitgenossen können ja nie ganz uninteressiert sein. Aber auch die diplomatischen Urkunden sind nicht immer untrügliche Beweismittel. Das gilt zweifellos von dem englischen Blaubuch und dem französischen Gelbbuch, die erkennbar in erster Linie Propagandaschriften sind, die nicht nur tendenziös zusammengestellt sind, sondern auch gerade dort offensichtliche Lücken aufweisen, wo es sich um entscheidende Vorgänge handelt, die für die Entstehung des späteren Krieges erheblich waren.

Bei der Würdigung des englischen Blaubuches und des französischen Weißbuches ist noch zu beachten, daß für den aufmerksamen Beobachter der Presse und des politischen Schrifttums in England und Frankreich es seit Jahren keinem Zweifel unterliegen konnte, daß England und Frankreich mit einem neuen Kriege rechneten und dementsprechend ihre diplomatischen Urkunden in Voraussicht des kommenden Krieges entsprechend eingerichtet haben.

Jedenfalls steht fest, daß diesmal die neue Kriegsschulddebatte auf seiten unserer Gegner schon lange vor Kriegsausbruch vorbereitet worden ist. Die Erfahrungen des Weltkrieges und der Nachkriegserörterungen hatten den englisch - französischen Staatsmännern und Publizisten die Wichtigkeit dieser Vorbereitung gezeigt. Die Schuld für den kommenden Krieg stand daher für sie schon fest, bevor er überhaupt ausgebrochen war. Deutschland, das einen gerechten Kampf um die Revision des untragbaren Friedens von Versailles führte, sollte unter allen Umständen der „Aggressor“ sein, der „Störenfried“, der die gesättigten Westmächte in ihrem ruhigen Besitz bedrohte. Dabei entging dieser geschäftigen Publizistik, daß gerade die Tatsache dieser vorzeitigen Kriegsschuldpropaganda für den ruhigen Beurteiler einen überzeugenden Grund dafür abgibt, daß der Krieg auf der Gegenseite seit langem gewollt war.

Es war im übrigen nur natürlich, daß man bei der Vorbereitung der neuen Kriegsschuldlüge in den Gegnerländern die Erfahrung verwertete, die man im vorigen Krieg und der Nachkriegszeit mit der Kriegsschulddebatte gemacht hatte. Es gibt wohl keine Frage, die die rechtlich Denkenden in allen Ländern Europas jahrelang so leidenschaftlich bewegt hat wie die Kriegsschuldfrage von 1914, d. h. die Frage, wer für den Weltkrieg von 1914—1918 verantwortlich sei.

Der Grund hierfür war vor allem darin zu sehen, daß die Sieger von 1918 in ihrer naiven Brutalität die Torheit begingen, diese Frage, die nur von der Geschichte zu entscheiden war, durch ein Diktat zu lösen. So hatte man mit List das so wichtige Schuldbekenntnis in ein Nebensätzchen einer Bestimmung hineingeschmuggelt, die von Schadensersatz handelte. Die Männer, die da im Jahre 1919 Schuld und Verantwortung durch einseitigen Machtspruch verteilten, bedachten indessen nicht, daß die Vorsicht, die sie zu üben glaubten, sich gegen ihre eigene Politik richten mußte. Sie übersahen, daß diese Vorsicht den Verdacht wecken mußte, daß ihre Urheber allen Grund hatten, einer eingehenden Untersuchung aus dem Wege zu gehen.

Die Erörterung kam trotzdem. Sie fiel gegen die Sieger von 1918 aus, die die Kriegsschuldlüge brauchten, weil sie damit den Bruch der Versprechungen Wilsons rechtfertigen wollten. War Deutschland der Verbrecher, der den Krieg verbrecherisch entfacht hatte, so hatte es sich damit außerhalb jedes Rechtes gestellt, gab es ihm gegenüber kein gegebenes Wort, keine 14 Punkte Wilsons. Dann war es berechtigt, den Siegermächten Deutschland gegenüber die „Mandats“- oder „Gendarmenrolle“ zuzuweisen, die es ermöglichen sollte, Deutschland dauernd im Zustande minderen Rechtes zu erhalten.

Heute glaubt in der Welt niemand mehr an die Kriegsschuldthese von 1919. Der Grund hierfür liegt nicht allein darin, daß deutsche Forscher mit unendlicher Geduld von Monat zu Monat jahrelang Dokumente um Dokumente zusammentrugen, die die Wahrheit wissenschaftlich erhärteten, sondern auch darin, daß die Zeitgenossen doch alle die Politik miterlebt hatten, die von Eduard VII. über Edward Grey zum Weltkriege führte, die Politik der entente cordiale, die Deutschlands Einkreisung betrieb und am Ende des ersten und Anfang des zweiten Jahr-

zehnts dieses Jahrhunderts wie ein Alpdruck, eine Vorahnung des Krieges, auf Europa lastete; der „Alpdruck der Bündnisse“, von dem Bismarck mit Sorge gesprochen hatte. So darf man denn heute mit Recht feststellen, daß das Schulddiktat von Versailles den Siegern nicht nur nichts genützt hat, sondern daß es der Hebel wurde, an dem es dem neuen Deutschland unter Adolf Hitlers Führung gelang, das Gewaltdiktat aus den Angeln zu heben und Deutschland wiederaufzurichten.

* * *

Bei der Erörterung der neuen Kriegsschuldfrage wird man an die Erfahrungen anknüpfen können, die mit der Kriegsschulddebatte von 1918 gemacht worden sind. Denn der neue Krieg hängt aufs engste mit dem Weltkrieg zusammen. Das ergibt sich daraus, daß die Feinde Deutschlands behaupten, der Krieg von 1918 sei nur abgebrochen und nicht bis zur endgültigen Vernichtung Deutschlands durchgeführt worden. Dieses müsse jetzt nachgeholt werden, während wir in dem neuen Kriege insofern eine Folge des Weltkrieges sehen, als 1918/1919 der Frieden mißriet und in Versailles die Grundlage für den neuen Krieg gelegt wurde. In Versailles hat man, so sagt Jacques Bainville in seinem Buch über die politischen Folgen des Friedens 1920, den „ewigen Krieg organisiert“.

Die Erörterung über die Kriegsschuldfrage von 1914 hat gezeigt, daß es nicht nur auf die diplomatischen Urkunden ankommt, die sich mit den Ereignissen beschäftigen, die dem Kriegsausbruch vorangingen, so wichtig diese Urkunden auch sein mögen. Mit dem Studium dieser Urkunden pflegen sich immer nur wenige Fachleute zu beschäftigen. Die öffentliche Meinung der Völker in der Kriegsschuldfrage hat sich vielmehr durch andere Umstände leiten lassen, durch das eigene Erleben der Massen, oder das, was die Völker als eigenes Erleben empfanden, die Ereignisse, die jeder einzelne vor Kriegsausbruch beobachtete, und von denen er fühlte, daß sie zum Ausbruch des Krieges führen müßten.

So wird man auch bei Erörterung der neuen Kriegsschuldfrage von vornherein vermeiden müssen, daß man sich nicht zu ausschließlich auf das Studium der Aktenveröffentlichungen beschränkt und nicht zu sehr die allgemeinen, von den Völkern

selbst empfundenen Vorgänge vernachlässigt. Bei dem Studium der Kriegsschuldfrage wird man auch zeitlich verschiedene Phasen zu unterscheiden haben, einmal die letzte Phase, die der englischen Kriegserklärung an Deutschland voranging, sodann die Märzvorgänge, die zur englischen Garantieerklärung an Polen führten, ferner die Tage nach München und endlich das Friedensdiktat von Versailles, dessen unmögliche Bestimmungen über Deutschlands Ostgrenzen den neuen Krieg letzten Endes auslösten.

Eine Untersuchung der Kriegsschuldfrage, die allen Anforderungen genügt, wird aber auch nicht umhin können, die historischen Hintergründe des Krieges noch weitergehend aufzuklären. Denn man kann die Ursachen eines Krieges nur dann vollständig erkennen, wenn man die Ereignisse in den Rahmen der Geschichte stellt und die großen Ideen feststellt, die das Schicksal der Völker bestimmen und um die die Völker in großen Zeiträumen gerungen haben.

So wird man, wenn man die Frage nach der Verantwortlichkeit für den neuen Krieg lösen will, zunächst die Gesamtlage betrachten müssen, in der sich Europa in den Jahren, die dem Weltkrieg folgten, befand. Auf die Zeit des Chaos und der gewaltsamen Kämpfe, die aus dem Unrechtsdiktat von Versailles hervorgegangen waren, war nach dem Londoner Abkommen von 1924 eine Zeit der Entspannung gefolgt, die durch das Provisorium des Dawesplanes beherrscht war. Das Jahr 1931 war dann das erste Krisenjahr, das der Menschheit zeigte, daß die großen Probleme des Weltkrieges in Wirklichkeit noch nicht gelöst waren. Die Lage, in der sich die Völker Europas seit 1931 befanden, glich somit in vielfacher Hinsicht der Lage vor 1914. Es schien, als ob der große Krieg letzten Endes nichts entschieden und kein Problem gelöst hätte.

Mit der Machtergreifung durch Adolf Hitler trat hierin insofern ein Wandel ein, als der Führer entschlossen war, mit neuen Methoden die alten Probleme ohne Krieg zu lösen. Niemand wird bestreiten, daß sich der Führer bemüht hat, in Übereinstimmung mit England und Frankreich Europa einen neuen gerechten Frieden zu geben und dieses Friedenswerk durch einen Ausgleich mit England und eine endgültige Versöhnung mit Frankreich zu krönen. Leider zeigte sich, daß diese Bestrebungen in England und Frankreich nicht das Verständnis und die Unter-

stützung fanden, die zum Erfolg nötig waren. Im Gegenteil, es regten sich in England und Frankreich Kräfte, die dieser Friedenspolitik des Führers entgegenwirkten und sich schließlich als stärker erwiesen haben. Das trat vor allem in der Presse in England und Frankreich hervor.

Während das deutsche Volk sich mit ganzer Kraft seinem inneren Aufbau zuwandte, und die nationalsozialistische Führung alles tat, um die öffentliche Meinung auf einen langen Frieden und die Verständigung mit unseren früheren Gegnern, England und namentlich Frankreich, einzustellen, duldete man in den demokratischen Ländern eine Betätigung der Presse, die systematisch, von 1933 ab, die öffentliche Meinung Englands und Frankreichs auf den kommenden Krieg mit Deutschland vorbereitete. Daß diese systematische Pressehetze in England und Frankreich, die auch in anderen Staaten Fuß faßte, auf eine einheitliche Leitung zurückzuführen war, war kaum zu bezweifeln.

Wer in den Jahren 1933—1939 das Ausland bereiste, konnte oft hören, daß diese Pressehetze auf überstaatliche Kräfte, Judentum, Freimaurerei und Plutokratie, zurückzuführen sei und namentlich von den internationalen Geldmächten in London und anderwärts ausgehe. Überall waren Agenten dieser überstaatlichen Kriegshetzer am Werk, die mit viel Geld, Lügen und Entstellungen die Völker gegen die autoritären Staaten, namentlich aber das Deutschland Adolf Hitlers, aufhetzten und den kommenden Krieg für unvermeidlich erklärten.

Die Entwicklung wurde dadurch aufgehalten, daß England in den Jahren nach dem Weltkrieg seine Rüstung vernachlässigt hatte und eingestandenermaßen noch nicht fertig war, während Frankreich durch die Volksfrontkrise des Jahres 1936 innerlich geschwächt war. Trotzdem beschäftigte sich in England und Frankreich die öffentliche Meinung mit dem kommenden Krieg. Das geschah im Volk meist ohne Haß und mit einem Gefühl des Fatalismus. Man konnte in Frankreich hören: „Wenn es morgen wieder losgeht, dann wissen wir diesmal nicht: warum, noch gegen wen, noch mit wem.“

Von 1936 ab war eine wesentliche Verschärfung der Kriegshetze bemerkbar. Während in Deutschland alles ruhig war, sprach man in den westlichen Ländern, auch in Frankreich, fort-

gesetzt vom Krieg. In den Schaufenstern der Buchläden und den Bahnhofskiosken sah man allenthalben Bücher ausgelegt mit Aufschriften: „La guerre qui revient" („Der Krieg kommt wieder"), „La guerre qui rode" („Der Krieg geht um") und ähnlichen Titeln. Schon im Frühjahr 1936 konnte man in Frankreich alarmierende Nachrichten hören, daß der Krieg im Herbst ausbreche. Alle Vorbereitungen seien getroffen und Reservisten würden einberufen. Wer in diesen Jahren von 1934 bis 1939 von Deutschland nach Frankreich kam, hatte den Eindruck, aus einem ruhigen Hafen in ein brandendes Meer zu gelangen.

Der Nervenkrieg ist keine deutsche Erfindung. Die Pressehetze der internationalen Mächte hat das Volk in England und Frankreich schon seit Jahren in einem Zustand der Nervosität gehalten, der schließlich eine allgemeine Geistesverfassung in Frankreich schuf, daß es besser sei, der ewigen Aufregung und Ungewißheit ein Ende zu machen, sei es auch durch einen neuen Krieg. Immer mehr wurde die Parole ausgegeben: „Der Krieg muß in einiger Zeit doch kommen. Dann besser heute als morgen."

Dieser Geisteszustand wurde einmal von einem französischen Politiker so gekennzeichnet: Frankreich gleiche einem Menschen, der aus Furcht, sich naß zu machen, sich ins Wasser stürzt. Das ist die eigentliche Grundlage des Satzes „Il faut en finir", der zu den Parolen gehört, mit denen das französische Volk schließlich in den Krieg getrieben wurde. Jedenfalls ist festzustellen, daß diese systematische Pressehetze, die seit 1933 in England und Frankreich gegen Deutschland betrieben und von der Regierung geduldet wurde, mehr zum Ausbruch des Krieges beigetragen hat als irgendein anderer Vorgang.

Diese Pressehetze stand unter englischer Führung. Es war ein offenes Geheimnis, daß die zum Kriege hetzende Presse in Frankreich zumeist mit englischem Gelde gespeist wurde. Das war gemeint, wenn man in Paris davon sprach, daß die „Reiterei des heiligen Georg marschiere". Schon 1936 konnte man in Frankreich hören, daß alles auf England ankomme. England beherrsche nun einmal Frankreich und bemühe sich, auch Deutschland zu beherrschen. Daneben waren die Beneschkreise und die tschechische Gesandtschaft in Paris unter Osusky ein Mittelpunkt der Kriegshetze gegen Deutschland. Die Kriegs-

treiber in England aber waren hauptsächlich die Juden, unter ihnen namentlich die jüdischen Emigranten aus Deutschland.

Rein außenpolitisch betrachtet, standen die Spannungen der Jahre, die dem Kriege voraufgingen, unter dem Eindruck der einzelnen Etappen der deutschen Revision. Diese Vorgänge hätten aber den Krieg allein nicht ausgelöst, auch nicht die letzte Etappe der deutschen Revision, die Lösung des Danzigproblems, wenn die Pressehetze nicht dazugekommen wäre. Das französische Volk nahm die einzelnen Akte, in denen sich die deutsche Revision vollzog, ruhig auf. Das Volk sagte gewöhnlich: „Das wundert uns nicht. Deutschland hat ganz recht. Daran sind wir ohne Interesse.“ Die Erregung kam immer erst später, nämlich dann, wenn die Regierung oder die überstaatlichen Mächte, die die öffentliche Meinung beherrschten, das Stichwort gegeben hatten, und die Pressehetze begann.

* *
*

Zu den allgemeinen Fragen, an denen die neue Kriegsschulduntersuchung nicht vorübergehen kann, gehört auch die Erörterung der Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung. Im Gegensatz zu der Haltung des französischen Volkes nach der Niederlage von 1870 hat es im deutschen Volke nach dem Zusammenbruch von 1918 nie ein Gefühl der Revanche gegeben. Dieses Gefühl ist den Deutschen so fremd, daß wir, um das, was der Franzose darunter versteht, auch nur auszudrücken, zu dem französischen Wort greifen müssen.

Das deutsche Volk hatte während des Weltkrieges keinen Haß gegen das französische Volk. Es hatte instinktiv die Gemeinsamkeit des Schicksals begriffen, die darin bestand, daß die beiden soldatischen Völker sich immer wieder für fremde Interessen verbluten mußten. Daß 1914 die Einkreisungspolitik Eduards VII. die eigentliche Kriegsursache war, war die Überzeugung des ganzen deutschen Volkes geworden. Man hatte verstanden, daß England, das das aufstrebende Deutschland niederschlagen wollte, sich nur der französischen Revancheidee bediente, um Frankreich als seinen „Festlanddegen“ zu benutzen und Frankreichs militärische Kraft englischen Interessen dienstbar zu machen.

Das deutsche Volk, das eine ähnliche Bereitschaft zum Verständnis auch in Frankreich erwartete, war enttäuscht, als es 1918 die Waffen niedergelegt hatte, diese Bereitwilligkeit in Frankreich nicht vorzufinden, sondern in Versailles ein Wiedererwachen der ältesten französischen Hegemoniepolitik feststellen zu müssen. Die Politik des bloc national, die unter Poincaré ihren Höhepunkt in der Ruhrbesetzung fand, hatte diese Enttäuschung des deutschen Volkes nur noch verstärkt. Dann kam die erste Wendung durch das Londoner Abkommen vom 1. September 1924, als die Ruhrbesetzung liquidiert wurde. Eine neue Zeitepoche, so meinte man damals, sei angebrochen. Es war aber nur eine Entspannung. Locarno und das Haager Abkommen brachten die Rheinlandräumung; aber die wirklichen Probleme, die uns Versailles aufgegeben hatte, blieben noch ungelöst.

Der Kampf um die Lösung dieser Probleme begann erst, als Adolf Hitler in Deutschland die Macht ergriffen und dem deutschen Volke wieder einen nationalen Willen eingeflößt hatte. Jetzt mußte sich zeigen, ob der Geist der Verständigung, der sich in Locarno geregt hatte, stark genug war, auch den wahren Frieden aufzurichten.

Der Führer, der im Gefängnis von Landsberg in seinem Lebensbuch „Mein Kampf“ unter dem Eindruck der Rhein- und Ruhrbesetzung harte Worte über Versailles und die französische Politik gefunden hatte, zeigte sich bereit, sobald er an die Macht gekommen war, eine Politik der wahren Versöhnung mit Frankreich in die Wege zu leiten. Niemals hat ein deutscher Staatsmann mit mehr Autorität, aber auch mehr Entschlossenheit dem deutschen und französischen Volke zugerufen, daß es gelte, die Theorie vom Erbfeind endlich und endgültig zu überwinden. Über den Gräbern der Millionen reichten sich die Frontkämpfer beider Länder die Hand. Die Jugend fand sich zu gemeinsamen Kundgebungen. Sie wollten das Vergangene vergessen und die Zukunft der beiden Völker in gemeinsamer Arbeit sicherstellen.

Die deutsch-französische Verständigung wurde eine Idee, die vom ganzen deutschen Volke gebilligt wurde, aber auch in Frankreich in weiten Kreisen Fuß faßte. Komitees wurden gegründet, die der Annäherung dienen sollten. Zeitungen und

Zeitschriften stellten sich in den Dienst des Verständigungsgedankens. Kongresse und Tagungen wurden abgehalten. In den Völkern war eine neue Hoffnung erwacht.

Aber die Gegenwirkung blieb nicht aus. Noch immer hat sich England geregt, wenn die Gefahr bestand, daß Deutschland und Frankreich sich verständigen könnten und England so seine Schiedsrichterstellung verlieren würde.

Eine Propaganda des Mißtrauens überflutete Frankreich. Eine vom Ausland abhängige Presse, die täglich hetzte, redete dem französischen Volke ein, daß es Hitler und Deutschland nicht trauen dürfe, daß der Führer Frankreich nur einschläfern wolle, um im Osten freie Hand zu bekommen und dann später über Frankreich herzufallen. Jeder Schritt der deutschen Revision, Austritt aus dem Völkerbund, Saarrückgliederung, Aufrüstung, Remilitarisierung der Rheinlande, Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes, war von einer Hochflut der Mißtrauenspropaganda gefolgt. Das Gefühl der Revanche wurde jetzt in Frankreich durch das Gefühl der Furcht ersetzt und diese Furcht, die fast krankhafte Formen annahm, sorgsam gepflegt und genährt. Die Anhänger der deutsch - französischen Verständigung wurden erst als arme Ideologen, später als Landesverräter hingestellt.

Die Einstellung zum Gedanken der deutsch-französischen Verständigung wurde so zu einem Barometer für die geistige Vorbereitung des französischen Volkes auf den kommenden Krieg. Schon im Frühjahr 1939 wurde, zunächst in London, dann in Paris, eine Gegenorganisation gegen die Verständigungsgesellschaften ins Leben gerufen; in Frankreich war es die deutsch-französische Union, eine Vereinigung von Emigranten und Juden. Als ob deutsche Verräter, wie Rauschning und Klepper, die da als Vertreter des wirklichen Deutschland herausgestellt wurden, ein Recht gehabt hätten, Deutschland zu repräsentieren?!

Anfang Juli 1939 wurde dann in Paris durch Kerillis und andere Kriegshetzer eine durch nichts begründete Kampagne gegen den Vizepräsidenten der Deutsch-Französischen Gesellschaft, Otto Abetz, inszeniert. Daladier selbst hatte den Anlaß zu dieser Kampagne gegeben, als er auf eine vage Verdächtigung hin den Wunsch ausgesprochen hatte, daß Abetz Frankreich

verlassen möge. Wer sich der deutsch-französischen Verständigung zu widmen wagte, wurde von da ab als gekauft, bestochen, als Verräter und Spion hingestellt.

Bald darauf verbot die französische Regierung die Verbreitung der Deutsch-Französischen Monatshefte in Frankreich, einer Zeitschrift, die von hoher Warte aus sich der deutsch-französischen Verständigung gewidmet hatte und in der paritätisch genau so viel Franzosen wie Deutsche zu Wort gekommen waren. Dabei hatte noch im letzten Heft dieser Zeitschrift Eduard Herriot einen vielbeachteten Leitartikel über die französische Revolution geschrieben, der in Deutschland für die Gedanken der französischen Revolution werben wollte.

Einsichtsvolle Kreise in Frankreich verglichen das Vorgehen gegen die Deutsch-Französische Gesellschaft, die seit Jahren Träger der deutsch - französischen Verständigungsbestrebungen gewesen war, mit der Ermordung von Jaurès. Es war zweifellos ein Sturmzeichen.

Der 14. Juli wurde in Paris mit einer französisch-englischen Militärparade im Zeichen der Erinnerung an die Entente cordiale begonnen. Kinostücke pflegten diese Erinnerung und hetzten unmittelbar zum Kriege.

Die öffentliche Meinung in Frankreich, seit 6 Jahren von einer Hetzpresse systematisch bearbeitet, war zum Kriege bereit, als im August der Polenkonflikt zur letzten Lösung drängte.

* *
*

Unter den französischen Schriften, die für die Behandlung der neuen Kriegsschuldfrage bedeutsam sind, wird einmal das Buch von Jacques Bainville: Les conséquences politiques de la paix einen besonderen Platz einnehmen. Dieses Buch, das 1920 kurz nach dem Inkrafttreten des Versailler Diktates erschien, ist bei Kriegsausbruch in Frankreich und allen Ländern französischer Sprache in besonderem Maße mit der Aufschrift „Ein prophetisches Buch“ wieder neu angeboten worden. Es ist in der Tat ein prophetisches Buch. Jacques Bainville, so sagt die französische Propaganda, hat alles vorausgesehen.

In diesem Buch hat Jacques Bainville, der 1915 sein in über 100 Auflagen in Frankreich verbreitetes Buch „Geschichte zweier

Völker“ schrieb, die schärfste Kritik an dem Friedensvertrag von Versailles ausgesprochen, mit dem er keineswegs zufrieden war. „Dieser Friedensvertrag war zu weich“, so schrieb er, „für das, was er an Hartem enthielt. Versailles hat alles in der Schwebe gelassen und den ewigen Krieg organisiert.“

Er macht Clemenceau die heftigsten Vorwürfe, der den Krieg gewinnen, aber den Frieden nicht schließen konnte. Er kannte nur Haß, hatte aber keine Ideen. Wenn er das von Bainville in seinem Buch von 1915 vorgezeichnete Ziel, die völlige Zertrümmerung Deutschlands nach dem Vorbild des Westfälischen Friedens, infolge des englisch - amerikanischen Widerspruchs nicht erreichen konnte, durfte er auch an den Grenzen Deutschlands nicht gegen den Grundsatz der deutschen Einheit verstoßen. Das aber hat nach Bainville der Versailler Vertrag im Osten Deutschlands gründlich besorgt und dort lauter blutende Grenzen geschaffen, die Deutschland nur unnütz reizen müssen, ohne Frankreich eine Sicherheit zu geben.

Im Osten wird Deutschland, so sagt Bainville, anfangen, sich zu befreien. Das von Clemenceau dort aufgebaute künstliche Randstaatengebilde wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Zuerst wird Österreich seinen Anschluß an das Reich vollziehen. Denn Österreich ist deutsch. Wenn man in Versailles die Völker der Doppelmonarchie im Namen des Selbstbestimmungsrechtes befreite und die Dynastie Habsburg beseitigte, konnte man auch den Deutschen des früheren Habsburgerreiches das Recht der Selbstbestimmung nicht verwehren.

Dasselbe gilt nach Bainville von den 3½ Millionen Deutschen des Sudetenlandes, die ihre Verbindung mit Deutschland erstreben würden. Zuletzt aber muß die Frage Danzig und der Korridor geregelt werden. Wenn Deutschland von einem Führer geeint sein wird, der es lehren wird, seine Ketten zu brechen, wird es mit allen Kräften, deren ein 60-Millionen-Volk fähig ist, die Regelung der Ostprobleme in die Hand nehmen, und wenn dann Prag oder Warschau Frankreich zu Hilfe rufen werden, wird Frankreich gar nicht helfen können. Wenn die Stunde kommt, wird Deutschland in Mitteleuropa machen können, was es will.

Den schwersten Vorwurf aber macht Bainville Clemenceau deshalb, daß er gegen das Gesetz der französischen Geschichte

verstoßen habe, das die östliche Sicherung Frankreichs stets in Anlehnung an Rußland gesucht habe. Immer noch, wenn Frankreich gegen diesen Grundsatz verstoßen habe, sei ihm das schlecht bekommen, zuletzt unter Napoleon III. Als dieser an der Spitze der liberalen Staaten Europas im Krimkrieg seinen Kreuzzug gegen das *zaristische Rußland* unternommen habe, habe er die Lage geschaffen, die es Bismarck 1871 ermöglicht habe, die deutsche Einheit zu schaffen.

Es werde sich einst bitter rächen, daß Clemenceau 1918 aus Furcht vor dem Bolschewismus gegen Rußland und für Polen, das nicht lebensfähig sei, optiert habe. Rußland und Deutschland würden den Weg zu gemeinsamer Zusammenarbeit finden. Polen sei gerade dazu geschaffen worden, Deutschland und Rußland zusammenzubringen.

Bis in die kleinsten Einzelheiten hat Jacques Bainville die kommenden Ereignisse vorausgesagt. Er hat sich auch mit der Kriegsschuldfrage für den kommenden Krieg beschäftigt. Die Wurzel des neuen Krieges ist nach Bainville in Versailles gelegt. Es ist ganz unmöglich, so schreibt er offen, daß Deutschland sich mit den Ostgrenzen abfindet. Das Schlimmste ist die Regelung der Danzigfrage. Nehmen wir einmal an, so sagt er, daß Frankreich den Krieg verloren hätte, und daß man Frankreich einen solchen Korridor aufgezwungen hätte, der Bordeaux von Frankreich getrennt, aber im übrigen die Departements Bayonne und Niederpyrenäen bei Frankreich belassen hätte. Wie lange würde Frankreich einen solchen Korridor geduldet haben?

Wenn es zu einem neuen Kriege kommt, so stellt Jacques Bainville fest, dann wird Deutschland in ganz anderem Maße Gründe für eine Revanche haben, als sie 1914 Frankreich zur Verfügung gestanden hätten. Er untersucht dann auch die formaljuristische Seite des neuen Krieges und erörtert die Frage, wer als „Angreifer" zu gelten habe, wenn alles so komme, wie er es voraussieht. Er schreibt S. 228 der Originalausgabe von 1920, S. 182 der deutschen Übersetzung: „Ein indirekter Angriff, dessen Opfer ein uns befreundetes und verbündetes Land wäre (man denke vor allem an das stets gefährdete Polen), eine Annektion, gar wenn sie sich ohne Anwendung von Gewalt vollzöge (wie etwa in Österreich), die in gefährlicher Weise das Gebiet und die Kräfte Deutschlands vermehrte — alle diese

Fälle, deren Rückwirkungen wir doch zu spüren bekommen werden, wenn wir untätig bleiben —, fallen unter die Kategorie derer, in denen wir wegen unserer Intervention als die Angreifer betrachtet werden würden."

* * *

Es ist offensichtlich auch England und Frankreich klar gewesen, daß sie in Gefahr stehen würden, selbst formaljuristisch als Angreifer dazustehen, wenn man Deutschland wegen Danzigs den Krieg erklären würde. Das französische Gelbbuch bedauert deshalb, daß es gerade wegen Danzigs zum Kriege kommen solle, und meint, daß die französische öffentliche Meinung das nicht verstehen würde.

Deshalb hat England in seinem Beistandsabkommen mit Polen vom 25. August 1939 außer dem Fall eines Angriffes in Artikel 2 auch noch die Kautschukbestimmung aufgenommen, die man im engeren Sinne den Blankoscheck nennt, wonach es in das Belieben Polens gestellt war, zu erklären, wann es seine Selbständigkeit bedroht sehen würde. Es sollte so eine formaljuristische Grundlage geschaffen werden, die es den Alliierten ermöglichen würde, unter allen Umständen ihr Eingreifen in den deutsch-polnischen Konflikt als Erfüllung einer Vertragspflicht hinzustellen, deren Einhaltung eine Ehrensache sei. Daß diese Verpflichtung erst in letzter Stunde geschaffen wurde, ja, daß sie offensichtlich nur geschaffen wurde, um Deutschland in der Verwirklichung seiner berechtigten Ansprüche in die Arme zu fallen, kümmerte die demokratischen Formaljuristen nicht.

Es ist wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß es gerade England war, das Deutschland bei der Revision der letzten Überbleibsel von Versailles in den Arm fiel, und daß es hierzu gerade das Problem Danzig und der Korridor ausgesucht hat, das hierfür am wenigsten geeignet schien. War es doch Englands Vertreter, Lloyd George, der in Paris und Versailles 1919 am stärksten die französisch-polnischen Ansprüche auf Danzig, den Korridor und Oberschlesien bekämpft hat, und der ganz klar zum Ausdruck brachte, daß, wenn Polen hier seinen Willen durchsetzte und mehr Deutsche unter polnische Herrschaft gebracht würden als unbedingt nötig sei, dies die Ursache für den kommenden Krieg sein werde.

Nun ist es die Ursache für den kommenden Krieg geworden, und England ist es, das diese Ursache sich als Grund für seine Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Deutschland ausgesucht hat. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der neue Krieg genau so wie der Krieg von 1914—1918 in erster Linie ein englisch-deutscher Krieg ist.

Ideen sind es, die das Schicksal der Völker bestimmen. Man hat diese Ideen auch „fixe Ideen" genannt, weil sie wie ein feststehendes Gesetz, ein unabänderliches Dogma, die Beziehungen der Staaten durch lange Zeiträume zu beherrschen scheinen. Die beiden Ideen, welche auf das Schicksal der europäischen Kernlande in den letzten Jahrhunderten den größten Einfluß ausgeübt haben, sind die englische Idee von dem Gleichgewicht der Kräfte (balance of power), die darin besteht, daß England stets den schwächeren Staat auf dem Kontinent gegen den stärkeren unterstützt, um Weltgendarm und Schiedsrichter bleiben zu können, und die französische sogenannte klassische, historische oder traditionelle Politik, von der einer der letzten wissenschaftlichen Vertreter dieser Lehre in Frankreich, Maurice Barrès, in einem großen nachgelassenen Werk gesagt hat, daß es Frankreichs „ewige These", die „fixe Idee der Geschichte Frankreichs" sei.

Als England zu Beginn des 20. Jahrhunderts erkannte, daß das wilhelminische Reich so stark wurde, daß es eine ernste Gefahr für Englands Weltstellung sei, begann Eduard VII. jene Einkreisungspolitik, die zum Weltkriege führte. Als dann aber in Versailles die französischen Forderungen so stark wurden, daß Deutschland völlig aufgeteilt werden sollte, stellte sich das England Lloyd Georges Frankreich entgegen. England war es, das in der Poincaré-Zeit die französischen Forderungen bekämpfte und nach der Ruhrbesetzung im Londoner Abkommen vom 1. September 1924 dem Poincarismus in Frankreich endgültig ein Ende bereitete.

Bei den ersten Versuchen eines Kampfes gegen Versailles, wie wir sie seit dem Zusammenbruch erlebt haben, hat England zunächst eine Haltung eingenommen, die Deutschland scheinbar wohlwollend war, bis der Zeitpunkt eintrat, daß unter der Führung Adolf Hitlers dieses Deutschland so stark wurde, daß England begann, in Deutschland wieder die erste Kontinental-

macht zu sehen, die ihm einst gefährlich werden könnte. So hat England nach München die Politik wieder herumgeworfen, ist Chamberlain dazu übergegangen, die Politik der Opposition aufzugreifen und zur Einkreisungspolitik Eduards VII. zurückzukehren. Dieser Umschwung der englischen Politik ist am 15. März d. J. auch öffentlich sichtbar geworden. Sie mündete in der neuen Einkreisung durch die sogenannte Friedensfront gegen die Aggressoren, die in Wirklichkeit die Eröffnung des Angriffs auf Deutschland war.

Diese Entwicklung hatte sich seit der Machtergreifung vorbereitet. England hatte den deutschen Kampf gegen Versailles so lange wohlwollend oder zum mindesten nicht feindselig betrachtet, als die deutsche Befreiung von Versailles den Interessen Englands nicht zuwiderlief und dadurch ein gewisses Gegengewicht gegen den französischen Imperialismus geschaffen wurde. Als aber dieses Deutschland unter Adolf Hitler wieder eine eigene Außenpolitik trieb, die Erfolg auf Erfolg brachte, begann sich die englische Politik wieder auf die Grundsätze vom Gleichgewicht zu besinnen, mit denen es seit Jahrhunderten seine Vorherrschaft in Europa begründet hat.

Schon vor Jahren konnte man im Auslande hören, daß England, das seine Rüstung nach dem Weltkriege vernachlässigt habe, nur Zeit gewinnen wolle, daß aber die Abrechnung Englands mit den autoritären Staaten, Italien und Deutschland, kommen werde, sobald England bereit sei. Man nannte sogar das Jahr, in dem der neue Krieg kommen werde, und nannte dieses Jahr bezeichnenderweise „année anglaise", das englische Jahr. Die einen bezeichneten das Jahr 1941 als das englische Jahr, die anderen das Jahr 1940.

Für den Eingeweihten war die Politik, die Chamberlain in München trieb, keineswegs vom Friedenswillen diktiert. Man wollte nur Zeit gewinnen. Man war noch nicht fertig. So erklärt sich auch, daß München ohne ernste Folgen blieb. England hat dies nicht gewollt. Am Tage nach München hallte England wider vom Lärm der Waffen. Die Mitteilung über das Münchener Abkommen war in England von dem Ruf nach gesteigerter Aufrüstung begleitet. Das hat die Politik von München, die nach dem Willen des Führers nur ein Anfang friedlicher Zusammenarbeit sein sollte, um jeden Erfolg gebracht.

In seiner Saarbrücker Rede, aber auch in den Gesprächen mit den französischen Botschaftern, die jetzt durch das Gelbbuch veröffentlicht sind, hat der Führer seine Enttäuschung über diese Haltung der englischen Politik deutlich zum Ausdruck gebracht. Wie war eine Zusammenarbeit möglich, wenn am Tage nach München der englische Ministerpräsident von Aufrüstung redete, und alle Anzeichen dafür sprachen, daß die Kriegshetzer die Oberhand gewinnen würden? Es war sehr bald erkennbar, daß auch in der Tschecho-Slowakei die Kräfte gestärkt wurden, die entschlossen waren, die deutschfeindliche Politik eines Benesch wieder aufzunehmen. Die Probleme waren nicht gelöst. Die Gegensätze blieben bestehen.

Im März 1939 trat die deutschfeindliche Politik Englands deutlich hervor. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet hatte schon lange eine Art Kriegszustand geherrscht. England, das im 19. Jahrhundert sich zum führenden Industrieland der Welt entwickelt hatte und zum Weltbankier geworden war, sah voll Ärger, daß das nationalsozialistische Deutschland sich von der Finanzhoheit Englands unabhängig zu machen versuchte und neue Wege beschritt, die ihm erlauben, seine Handelsbeziehungen, namentlich auf dem Balkan, auszubauen, ohne daß man die Finanzhilfe Englands dazu in Anspruch nahm.

Die Stellung Englands als Weltbankier schien bedroht. Italien fügte sich dem englischen Willen nicht. Aber auch die im Völkerbund organisierten Trabanten der englischen Hegemonie führten den englischen Wunsch nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien nur widerwillig aus.

England, das stolze England, konnte seinen Willen gegen Italien nicht durchsetzen. Der Gegensatz der demokratischen Plutokratien zu den jungen emporstrebenden Staaten, die sich nach autoritären Grundsätzen regierten, trat immer mehr zutage.

Ende März 1939 ging England vom nicht erklärten, aber deutlich sichtbaren Wirtschaftskrieg, der Deutschland jeden Aufstieg zu erschweren suchte, zum offenen politischen Kampf über. Wie Eduard VII. versucht hatte, Deutschland einzukreisen, so suchte sich jetzt die Regierung Chamberlains kontinentale Staaten aus, die bereit wären, sich für England im Kampf gegen Deutschland zu opfern.

Polen war von Deutschland seit dem Freundschaftsabkommen von 1934 immer loyal behandelt worden. Es hatte das Entgegenkommen Deutschlands schlecht belohnt, alle Vorteile aus dem Abkommen gezogen, aber fortgefahren, die deutsche Minderheit in Polen zu bedrücken, wenn nicht auszurotten. Noch während der Tschechenkrise hatte Deutschland Polen sehr gut behandelt und ihm ermöglicht, sich Teschen anzueignen und die gemeinsame Grenze mit Ungarn herzustellen, woran der polnischen Politik so viel gelegen war.

Daß der Führer bemüht war, die noch ausstehenden Fragen mit Polen freundschaftlich zu regeln, war Polens Außenminister bekannt. Der Vorschlag, den der Führer zu diesem Zwecke machte, war mehr als bescheiden: Rückkehr Danzigs zum Reich und Gewährung einer exterritorialen Autostraße und Eisenbahnlinie durch den Korridor, dazu Garantie der neuen Grenzen einschließlich des Korridors durch das Reich.

Es gehörte schon polnische Verblendung dazu, solche günstigen Vorschläge zurückzuweisen. Am 24. Oktober 1938 hatte der deutsche Reichsaußenminister von Ribbentrop dem polnischen Botschafter Lipski in Berchtesgaden diese Vorschläge unterbreitet, und am 5. Januar 1939 hatte der Führer das Angebot dem polnischen Außenminister Beck gegenüber wiederholt.

Deutschland drängte nicht. Es hoffte, daß Polen von sich aus, im Geiste des Pilsudski-Abkommens, zu einer gütlichen Bereinigung der schwebenden Fragen kommen werde. Als aber die Tschechenfrage durch die Besetzung von Prag endgültig geregelt war, wurde klar, daß nunmehr auch die Erledigung des Korridorproblems nicht mehr länger hinausgeschoben werden konnte.

Am 21. März 1939 wiederholte der Reichsaußenminister dem polnischen Botschafter gegenüber noch einmal die Vorschläge, die der Führer schon früher gemacht hatte. In England hatte seit dem 15. März die Kriegspartei die Oberhand gewonnen, und zeichnete sich seit dem 17. März die neue Einkreisungspolitik ab, die sich bemühte, durch englische Garantieerklärungen die östlichen Randstaaten für eine antideutsche Haltung zu gewinnen. Diese Politik wandte sich vornehmlich an Polen und suchte es zu einer unnachgiebigen Haltung zu veranlassen. Aus dem

französischen Gelbbuch ergibt sich der Beweis, daß auch die Polen zunächst die Vorschläge Deutschlands als eine vernünftige Verhandlungsbasis betrachteten, dann aber plötzlich, zum Erstaunen der französischen Botschaft in Berlin, sich mit dem Gedanken eines Krieges gegen Deutschland abgaben. Auf das deutsche Angebot vom 21. März 1939 antwortete Polen durch Mobilmachungsmaßnahmen und wies am 26. März 1939 schroff die deutschen Forderungen zurück.

Beck reiste nach England, das Polen gegenüber Garantieerklärungen abgab, die zunächst einseitig waren, später aber zu einem regelrechten gegenseitigen Beistandsabkommen führten.

So bildete England seine Angriffsfront gegen Deutschland und nannte dies heuchlerisch eine „Friedensfront gegen die Aggressoren“. Die Pressehetze in England und Frankreich nahm verschärfte Formen an. Man bereitete sich moralisch, politisch, industriell und militärisch auf den baldigen Kriegsausbruch vor. Die baltischen Staaten entzogen sich dem englischen Drängen auf Annahme einer Garantie, die sie nicht gewünscht hatten. Polen aber war bereit, zum Sturmbock eines neuen englischen Angriffskrieges zu werden.

Der Gedanke des Präventivkrieges nahm immer festere Formen an. Man wollte noch etwas Zeit gewinnen; denn England war immer noch nicht bereit. Inzwischen führte England die allgemeine Wehrpflicht ein, obwohl der Krieg noch nicht erklärt war, ein unerhörter Vorgang, der in der englischen Geschichte einmalig dastand.

Man bemühte sich auch um Rußland, das bis dahin der Feind Nr. 1 gewesen war. Man stellte plötzlich fest, daß der Bolschewismus nur eine Abart der Demokratie sei. Aber Rußland besann sich auf seine historische Politik. Es wußte, daß England sein wahrer Feind sei und bleiben werde. Bainvilles Voraussicht ging in Erfüllung. Rußland fand den Weg zu seiner geschichtlichen Aufgabe und zur Zusammenarbeit mit Deutschland zurück.

Die englische Diplomatie trieb bewußt zu der großen Auseinandersetzung mit Deutschland.

*   *
*

Auch in Frankreich war München ohne Folgen geblieben. Zwar war Daladier, als er von München zurückkam, in Paris mit Jubel als der Retter des Friedens empfangen worden. Aber wenige Tage nach München erhoben die Kriegshetzer wieder das Haupt. Der Kampf der Gegner von München, der Antimunichois mit den Münchenern, der Kriegspartei mit den Friedensfreunden, hatte begonnen. Man warf den Münchenern vor, daß ihre Politik einer „Abdankung", abdication, gleichkomme. Während in Deutschland alles geschah, um die französische Empfindlichkeit zu schonen und die Zusammenarbeit zu erleichtern, konnte in Frankreich die jüdische Hetzpresse jeden Tag der öffentlichen Meinung vorhalten, daß München eine Niederlage und Demütigung für Frankreich bedeute. Es wurde eine Stimmung erzeugt, die an den Ruf „Rache für Sadowa" erinnerte.

Am 7. November 1938 wurde in Paris der deutsche Botschaftssekretär Ernst Eduard vom Rath durch den polnischen Juden Herschel Grynspan ermordet. Die Umstände der Tat ließen vermuten, daß es sich um einen wohlüberlegten Anschlag handelte, und daß einflußreiche Kreise ihre Hand im Spiel hatten, die daran interessiert waren, die deutsch-französischen Beziehungen zu trüben und eine Vertiefung der deutsch-französischen Annäherung unmöglich zu machen. Man hat daher mit Recht diese Tat, die die allgemeine Mißbilligung der Weltöffentlichkeit fand, ein „Attentat gegen den Frieden" genannt.

Immerhin konnte man das Zustandekommen der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938 noch nicht verhindern. Aber man war skeptisch darüber, ob diese Erklärung die Bedeutung erhalten würde, die der Führer und die deutsche Politik sich davon versprachen. Der Führer hatte seinen Willen, sich mit Frankreich zu verständigen, in zahlreichen Erklärungen vor dem Reichstag und bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht. Er hatte erklärt, daß es nach der Saarrückgliederung keine territoriale Forderung gäbe, die Deutschland und Frankreich trennte. Er ließ den französischen Botschafter François-Poncet gleich nach München zu sich bitten und stellte ihm sein persönliches Flugzeug zur Reise nach Berchtesgaden zur Verfügung. Er war enttäuscht über England und hoffte, nunmehr wenigstens mit Frankreich ins reine zu kommen. Es ist erstaunlich, aus dem französischen Gelbbuch zu erkennen, wie skeptisch

und voller Vorbehalt selbst François-Poncet die Erklärungen des Führers entgegennahm, und wie wenig er seinen Minister ermutigte, die Politik des Ausgleichs mit Deutschland zu verfolgen.

Dadurch wurde die deutsch - französische Erklärung vom 6. Dezember 1938 schon von vornherein stark entwertet. Auch der neue Botschafter Coulondre wurde vom Führer mit besonderer Liebenswürdigkeit empfangen. Er mußte notgedrungen zugeben, daß in Deutschland der Wille zur Verständigung allgemein und aufrichtig sei. Aber auch er tat nichts, die Politik der Annäherung an Deutschland zu fördern. Im Gegenteil, in all seinen Berichten, die später so viel zur Zuspitzung der Lage beigetragen haben, säte er Mißtrauen und empfahl die Rückkehr zur Politik der „Festigkeit", wie er es stolz nannte, eine Politik, die nichts anderes war als die alte Einkreisungs- und Interventionspolitik, die noch immer die Jugend der beiden Völker auf das Schlachtfeld geführt hat.

Die Berichte dieses Botschafters werden einmal von der Geschichte als Dokumente jener sich ewig gleichbleibenden Ministerialbürokratie des Quai d'Orsay gewertet werden, die seit Richelieus Zeit an dem Gegensatz zu Deutschland wie an einem ewigen Gesetz und unabänderbaren Dogma festhält.

Coulondre, der Botschafter zwischen den Krisen, ist damit zum Botschafter des neuen Krieges geworden.

Um die Jahreswende zeigte sich schon eine Verschlechterung der Lage, auch zwischen Deutschland und Frankreich. Am 26. Januar 1939 hielt der französische Außenminister Bonnet vor dem französischen Abgeordnetenhaus eine unglückliche Rede, in der er glaubte, der Opposition so weit entgegenkommen zu müssen, daß er erklärte, daß Frankreich in Mittel- und Osteuropa nichts von seinen Freundschaften aufgeben werde.

Das war mit dem Sinn und Geist des Münchener Abkommens und der Erklärung vom 6. Dezember 1938 unvereinbar. Deutschland hatte nach dem Inhalt dieser Erklärungen annehmen dürfen, daß Frankreich nach München eine radikale Änderung seiner Politik in Mittel- und Osteuropa vornehmen werde. Es glaubte, daß Frankreich sich von jetzt ab in diesem Raum, in dem Deutschland lebenswichtige Interessen besaß, desinteressieren und auf seine ständige Intervention verzichten werde. So wurde

die Politik von München überall aufgefaßt, in Prag und Warschau, aber auch in Paris.

Man nannte das in Frankreich „repli impérial", d. h. Frankreich war bereit, sich auf seine lebenswichtigen Interessen, seinen Lebensraum, das Kolonialreich, zurückzuziehen. Auf dem Kongreß der radikal-sozialistischen Partei, der Ende Oktober 1938 in Marseille tagte, war das deutlich zum Ausdruck gekommen. Dort hatte der Senator Berthod den außenpolitischen Bericht der Partei ausgearbeitet, der die allgemeine Billigung der Partei gefunden hatte und eben jenes neue Programm enthielt, das die Grundlage der neuen Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland werden sollte. Daladier selbst hatte dieses Programm in seiner Rede, die er am Schluß des Kongresses in Marseille hielt, gutgeheißen.

Man hat bestritten, daß Frankreich in München und Paris die Verpflichtung übernommen habe, sich in Mittel- und Osteuropa desinteressiert zu zeigen, und darüber hinaus den Standpunkt vertreten, daß Deutschland und Italien gegen das Münchener Abkommen verstoßen hätten, weil sie die in einer Anlage zum Münchener Abkommen vorgesehene Garantieerklärung der neuen Grenzen der Tschecho-Slowakei nicht abgegeben hätten. Der Gegenbeweis ist nicht nur durch den Verlauf des Marseiller Kongresses und einen aufschlußreichen Artikel des offiziösen „Temps" geführt, sondern auch durch die Aufzeichnung, die einer der Teilnehmer der Pariser Besprechungen vom 6. Dezember 1938, der Gesandte Schmidt, von dem Inhalt dieser Erörterungen gemacht hat.

Darin heißt es: „Der Reichsaußenminister schilderte, von welcher Wichtigkeit und Dynamik sich der Volkstumsgedanke im Falle der Tschecho-Slowakei gezeigt habe. Deutschland betrachte im übrigen diesen Teil Europas als sein ausgesprochenes Interessengebiet. Der Herr Reichsminister führte dann im einzelnen aus, wie gut es für die zukünftige Überbrückung der Gegensätze zwischen den autoritären Staaten und den Demokratien und insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich und England sei, wenn man diese Interessensphäre Deutschlands grundsätzlich respektiere. Deutschland mische sich auch nicht in die Interessensphäre z. B. Englands hinein.

Was Frankreich anbeträfe, so seien, wie er, der Reichsaußenminister, dem französischen Botschafter François-Poncet des öfteren in diesem Jahr gesagt habe, die Militärallianzen des Ostens noch ausgesprochene Überbleibsel (Atavismen) des Versailler Vertrages bzw. der Versailler Mentalität. Niemals würde ein starkes Deutschland solche Militärallianzen geduldet haben, nur ein schwaches Deutschland mußte sie hinnehmen. Aber im Augenblick der Wiedererstarkung war es klar, daß diese Art der Einkreisungspolitik als ein unerträglicher Zustand früher oder später, sei es auf dem Verhandlungsweg, sei es anderswie, abgeschüttelt werden mußte. Wenn man in Frankreich diese deutsche Interessensphäre ein für allemal respektiere, dann glaube er, der Reichsaußenminister, durchaus an die Möglichkeit eines grundsätzlichen und endgültigen Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich.

Bonnet erwiderte, daß sich die Verhältnisse seit München ja in dieser Hinsicht grundlegend geändert hätten.

Weiterhin kam das Gespräch auf die der Tschecho-Slowakei für ihre neuen Grenzen zugesagte Vier-Mächte-Garantie. Auf eine Frage Bonnets, wie wir uns grundsätzlich zu dieser Frage stellten, erwiderte der Reichsaußenminister, daß man deutscherseits zunächst einmal die Entwicklung abzuwarten gedenke, da eine eventuelle deutsche Garantie seinerzeit von der Bedingung abhängig gemacht worden sei, daß die anderen Minderheitenprobleme gelöst wären. Ferner hinge alles davon ab, ob das deutsch-tschechische Verhältnis auf eine völlig neue Basis gestellt werde. Eines aber wolle er schon jetzt betonen: Deutschland werde auf keinen Fall dulden, daß die Tschecho-Slowakei wieder in die Fußstapfen des Herrn Benesch zurückfalle. Eine Vier-Mächte-Garantie bedeute seiner Ansicht nach eine gewisse Versuchung für dieses Land, sich doch wieder in den früheren Bahnen der Beneschpolitik zu bewegen. Die beste und wirksamste Garantie sähe er einzig und allein in der Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses dieses Landes zu Deutschland.

Während Léger in kürzeren Ausführungen über eine «Neutralisierung» der Tschecho-Slowakei auf Grund einer internationalen Garantie stärkeres Gewicht auf die Vier-Mächte-Garantie zu legen schien, beschränkte sich Bonnet darauf, zu erklären, daß Frankreich eigentlich mehr durch den Zwang der Verhält-

nisse dazu gekommen sei, seinerseits die Übernahme einer Garantie in Aussicht zu nehmen. Es habe sich am 19. September in London darum gehandelt, die damalige Tschecho-Slowakei dazu zu bewegen, die sudetendeutschen Gebiete an das Reich abzutreten. Frankreich habe sich im Hinblick auf die außerordentlich engen Verpflichtungen, die es der Tschecho-Slowakei gegenüber hatte, die tschecho-slowakische Zustimmung zu der Gebietsabtretung durch Inaussichtstellung einer neuen Garantie erkaufen müssen.

Bonnet vertiefte diesen Punkt weiter nicht.

Später am Abend wies der Reichsaußenminister Bonnet nochmals darauf hin, daß Deutschland eine französische Garantie der Tschecho-Slowakei gegenüber als eine Art Einmischung in unsere Interessensphäre ansehen müsse, und er ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß der Gedanke einer solchen Garantie dem Verständigungsweg, den wir soeben beschritten hätten, nicht förderlich sein würde."

Der französische Außenminister Bonnet war sich auch wohl der Bedenken, die seine Rede vom 26. Januar 1939 hervorrufen mußte, bewußt. Er ließ deshalb einige Tage vor seiner Rede den deutschen Botschafter in Paris, Graf Welczek, zu sich bitten, gab ihm von dem Inhalt seiner beabsichtigten Rede Kenntnis und erklärte dazu, daß manche dieser Ausführungen für den inneren Gebrauch bestimmt seien, daß er aber an dem Kurs, den die französische Politik seit München eingeschlagen habe, festhalten wolle. Er wiederholte diese Versicherungen später, als Graf Welczek ihn aufgesucht und im Namen des Reichsaußenministers die Bedenken vorgetragen hatte, die die Reichsregierung über den Inhalt dieser Rede empfunden hatte. Auch der Reichsaußenminister hat die nächste Gelegenheit eines Empfangs des französischen Botschafters in Berlin benutzt, um diesem den Standpunkt der Reichsregierung zu dieser Rede und zu dem, was Deutschland seit München von der Pariser Erklärung erwartete, auszudrücken.

Die Rede vom 26. Januar 1939 mußte in Deutschland um so unangenehmer empfunden werden, als sie zeitlich mit dem Besuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Warschau, der der deutsch-polnischen Aussprache dienen sollte, zusammenfiel. Die Auswirkung der Bonnetrede war denn auch höchst

bedauerlich. Die Kräfte in Prag und Warschau, die an eine Rückkehr zum Beneschkurs glaubten, fühlten sich ermutigt. Die Emigrantenkreise von Paris triumphierten, daß der Ausdehnung des Hitlerdeutschland in Europa nunmehr ein Riegel vorgeschoben sei, und die Zeit der Einkreisung Deutschlands wieder begonnen habe.

* * *

Eine völlige Schwenkung der französischen Politik vollzog sich dann, als Frankreich nach dem 15. März 1939 der Umstellung der englischen Politik folgte und den Kurs von München endgültig verließ. Am 14. März 1939 war die erste Nachricht von den Ereignissen in Böhmen in Paris noch völlig ruhig aufgenommen worden. Man erklärte: „Wir sind dadurch nicht berührt; das ist eine logische Folge von München." Am Vormittag des 15. März 1939 spielte der Draht zwischen Paris und London. London verkündete den Redaktionen der Pariser Zeitungen, daß London die Politik nunmehr herumwerfen werde. Mit den Mittagszeitungen war die Kursänderung auch in Paris für alle sichtbar vollzogen. London hatte das Stichwort gegeben. Alle Phrasen der Propaganda, mit der die Kampagne für den neuen Krieg geführt wurde, findet man mit einem Schlage in den Mittags- und Abendzeitungen des 15. März 1939 in Paris: „Hitler hat seine Maske fallen gelassen", „In Deutschland kennt man nur die Gewalt und das Gesetz der Dschungel", „Es geht nicht um Danzig, es geht um ein Prinzip", „Man muß damit Schluß machen" usw.

Vom nächsten Tage ab füllen diese Schlagworte schon die französischen Botschafterberichte. Ganz Frankreich, so sagte damals ein französischer Journalist, ist mit einem Schlage wieder poincaristisch geworden. Ein französischer Politiker aber kennzeichnete die Lage Ende März nach der englischen Garantieerklärung folgendermaßen: „Jetzt ist es soweit; Deutschland befindet sich mit seinen Forderungen in der gleichen Lage wie Italien. Wenn es diese Forderungen, so gerecht sie sein mögen, verwirklichen will, muß es zu einer gewaltsamen Intervention schreiten. Deutschland wird damit formaljuristisch immer in die Lage des Angreifers, aggressors, gedrängt werden." Daß diese Lage von den anderen vorsätzlich herbeigeführt wurde, um einen

Unrechtszustand aufrechtzuerhalten und Deutschland an der Verwirklichung seines guten Rechtes, auf die es lange genug mit Geduld gewartet hatte, zu hindern, darum kümmerte man sich nicht.

Am 30. März 1939 schloß sich Frankreich der englischen Garantieerklärung an, und am 13. April 1939 vertiefte Daladier noch das polnisch-französische Bündnis. Deutlicher konnte die Abkehr von München nicht zum Ausdruck gebracht werden.

„München ist tot", so schrieb der französische Botschafter Coulondre nicht ohne Genugtuung. Man hatte jetzt einen Schein, die Garantieerklärung und das Bündnis, aus dem man Verpflichtungen herleiten konnte, die man nur konstruiert hatte, um Deutschland in den Weg treten zu können. Wenn man jetzt zur Abrechnung mit Deutschland schritt, konnte man sich sogar auf eine Ehrenpflicht berufen. England und Frankreich mußten es doch als unehrenhaft betrachten, wenn sie ihrer Pflicht, Polen beizustehen, nicht nachkommen würden.

Die französischen Botschafterberichte des Gelbbuches liefern den Beweis dafür, wie nunmehr alles geschah, um Polen in seiner unnachgiebigen Haltung zu bestärken und die Gefahr eines gütlichen Ausgleichs zwischen Polen und Deutschland zu verhindern. Die polnischen Ausschreitungen und Übergriffe wurden bagatellisiert. Es war nur deutsche Mache, Taktik. Die polnischen Mobilmachungsmaßnahmen, die seit Ende März durchgeführt wurden, waren nichts. Die Zustände in Deutschland wurden in den düstersten Farben geschildert. Falsche Berichte, Übertreibungen, Entstellungen, Alarmnachrichten, Gerüchte und Redereien waren an der Tagesordnung. So wurde die öffentliche Meinung in Frankreich und England in einem ständigen Zustand der Erregung gehalten, während in Deutschland alles ruhig blieb, und selbst die polnisch - französischen Mobilmachungsmaßnahmen unbeantwortet blieben.

Bis weit in den August hinein gab die deutsche Regierung, wie die Berichte des französischen Gelbbuches zugeben müssen, die Hoffnung nicht auf, daß Polen zur Vernunft kommen und die großmütigen Vorschläge des Führers annehmen werde. England aber sandte seinen General Ironside nach Warschau, und die französischen und englischen Botschafter in Warschau

sorgten dafür, daß der „Stolz einer freien Nation" in der Zurückweisung fremder Ansprüche nicht nachlassen werde.

Im August ging Polen, von England und Frankreich ermutigt, geradezu zur Offensive über. Das französische Gelbbuch nennt diesen Abschnitt die Zeit des polnischen Widerstandes. Es hätte gerade so gut die Zeit des polnischen Angriffes heißen können. Man drohte Danzig wirtschaftliche Maßnahmen an, die die Wirtschaft Danzigs zum Erliegen bringen mußten, man stellte Ultimaten, man vermehrte willkürlich die Zahl der polnischen Zollbeamten in Danzig. Jeder Tag brachte neue Zwischenfälle und polnische Willkürakte.

Man fühlte, der letzte Abschnitt der von England heraufbeschworenen Krise begann.

* * *

In der letzten Phase der Vorkriegsstufe sind einige Verhandlungen hervorzuheben, die von englisch-französischer Seite sichtbar nicht mit dem Willen geführt wurden, ernstlich einen Ausweg zu finden, sondern nur dem Wunsche entsprangen, einmal Zeit zu gewinnen und dann Polen, England und Frankreich eine möglichst günstige formaljuristische Position zu sichern. Man bereitete die Gelb- und Blaubücher vor und mußte sich bemühen, den englischen und französischen Krieg, den die Völker keineswegs wünschten, so annehmbar wie möglich erscheinen zu lassen.

Am 23. August 1939 überreichte der britische Botschafter Henderson dem Führer in Berchtesgaden ein Schreiben der englischen Regierung vom 22. August, in dem diese ihren Standpunkt in dem deutsch-polnischen Streitfall auseinanderlegte. Der Führer antwortete am gleichen Tage und unternahm am 25. August in einer Unterredung mit Henderson einen letzten Versuch, mit England zu einer großzügigen Bereinigung aller schwebenden Streitfragen zu gelangen. Henderson fand den Vorschlag des Führers so interessant, daß er selbst nach England flog und die Vorschläge persönlich der englischen Regierung vortrug.

Die englische Regierung prüfte die Vorschläge gründlich und ließ tagelang auf eine Antwort warten. Am 28. August 1939, 22.30 Uhr, wurde dem Führer die englische Antwort überreicht.

Der Führer antwortete am nächsten Tage. Er nahm den englischen Vorschlag auf Einleitung direkter Verhandlungen

zwischen Deutschland und Polen an und sprach die Erwartung aus, daß am nächsten Tage, dem 30. August, ein bevollmächtigter polnischer Unterhändler nach Berlin komme. Die deutsche Regierung werde einen Vertragsentwurf, der als Verhandlungsunterlage dienen könne, vorbereiten.

Henderson war nun der Meinung, daß Beck sofort nach Berlin kommen müsse, damit Polen sich vor der Welt nicht ins Unrecht setze. Coulondre widersprach. Die englische Regierung war ebenfalls anderer Ansicht als Henderson. Sie telegraphierte Henderson, daß es unvernünftig sei, Polen nahezulegen, daß es im Laufe des nächsten Tages einen Unterhändler nach Berlin senden solle.

Polen ließ also den 30. August ungenutzt verstreichen.

In der Nacht vom 30. zum 31. August hatte der englische Botschafter eine denkwürdige Besprechung mit dem Reichsaußenminister, wobei dieser ihm eröffnete, daß Deutschland bereit gewesen sei, in der vorgesehenen Frist die direkten Verhandlungen mit Polen wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung hatte, wie angekündigt, einen höchst vernünftigen und gemäßigten Vertragsentwurf fertiggestellt, den Polen sehr wohl als Verhandlungsbasis hätte annehmen können. Von diesem Entwurf gab Herr von Ribbentrop Henderson Kenntnis und machte sogar eingehende Erläuterungen dazu.

Die Frist aber war inzwischen abgelaufen.

Henderson muß sehr stark unter dem Eindruck gestanden haben, daß Polen sich durch sein passives Verhalten ins Unrecht gesetzt habe. Er suchte noch in der Nacht den polnischen Botschafter auf, weckte ihn und versuchte ihn zu bewegen, daß er sofort eine Besprechung bei dem Reichsaußenminister nachsuchen möge. Lipski aber weigerte sich. Er hatte keine Instruktionen. Am nächsten Morgen teilte Henderson dem französischen Botschafter Coulondre seine Besorgnisse mit. Dieser suchte jetzt auch den polnischen Botschafter auf. Ein lebhafter Wechsel von Ferngesprächen begann zwischen Berlin, Paris, London und Warschau, der schließlich zur Folge hatte, daß sich der Botschafter Lipski bequemte, nach Mittag einen Empfang bei dem Herrn Reichsaußenminister nachzusuchen.

Staatssekretär von Weizsäcker ließ bei Lipski anfragen, ob er den Besuch in seiner Eigenschaft als Botschafter oder als

bevollmächtigter Unterhändler der polnischen Regierung nachsuche. Lipski antwortete: Als Botschafter.

Lipski hatte keine Vollmachten. Er durfte nicht einmal einen deutschen Lösungsvorschlag entgegennehmen. Er sollte nur Fühlung nehmen, ob, wann, wo und wie Unterhandlungen eingeleitet werden könnten.

Diese Art der Behandlung einer von England ausgehenden Anregung zur direkten Verhandlung durch Polen und England selbst war geradezu eine Provokation.

Zwei Tage hatten der Führer und sein Außenminister auf die Ankunft eines polnischen Unterhändlers vergeblich gewartet.

Es war klar: Polen wollte nicht verhandeln. Es durfte nicht, weil England nicht wollte. Englands Vorschlag war von vornherein nicht ernst gemeint gewesen.

Der Präsident der französischen Republik und der französische Ministerpräsident erklärten jedoch vor dem französischen Volk, daß Deutschland in dem Augenblick, wo die Unterhändler zusammentreten sollten, und der Friede gerettet schien, Polen überfallen hätte.

Ärger konnte man die Dinge nicht auf den Kopf stellen.

Am 31. August unternahm Mussolini einen letzten Versuch zur Rettung des Friedens. Er regte bei England und Frankreich an, daß er, wenn Polen einverstanden sei, dem Führer den Vorschlag zu einer Konferenz machen werde, die am 5. September stattfinden sollte und auf der die Probleme des Versailler Vertrages, die die Grundlage des gegenwärtigen Konfliktes bildeten, erörtert werden sollten. Frankreich nahm diesen Vorschlag an und ließ die Annahme auch noch durch Havas verbreiten. Polen zeigte sich nicht geneigt. England aber war es, das auch diese letzte Initiative zunichte machte, indem es verlangte, daß Deutschland vorher seine Truppen aus Polen zurückziehen solle. Jetzt schloß auch Frankreich sich diesem britischen Standpunkt, der der Ablehnung des italienischen Vorschlages gleichkam, an.

Darauf erklärte Italien, daß es außerstande sei, die englische Forderung an den Führer weiterzuleiten.

Der Krieg war unvermeidlich geworden.

* * *

Der französische Schriftsteller Montesquieu hat das Wort geprägt, daß derjenige der wahrhaft Kriegsschuldige sei, der den Krieg notwendig, d. h. unvermeidbar mache. England hat diesen Krieg unvermeidbar gemacht. Es wollte den Krieg. Polen war für England nur ein Vorwand.

Das wird durch die bis heute vorliegenden Aktenveröffentlichungen, die beiden deutschen Weißbücher, das englische Blaubuch und die beiden englischen Weißbücher sowie das französische Gelbbuch, erwiesen.

Von diesen Buntbüchern dürfte das deutsche Weißbuch bei weitem den Vorzug verdienen. Abgesehen davon, daß es die meisten Urkunden enthält (482 statt 370 des französischen Gelbbuches und 144 des englischen Blaubuches), weist es auch die beste systematische Verarbeitung und stoffliche Gliederung auf, während das französische Gelbbuch z. B. nichts anderes als eine zusammenhanglose Aneinanderreihung von Urkunden nach der Zeitfolge darstellt, von denen die meisten Urkunden Botschafterberichte sind, die mehr der Propaganda als der wirklichen Aufklärung des Sachverhaltes dienen.

Dazu kommt, daß das englische Blaubuch und das französische Gelbbuch gerade an den Stellen erhebliche Lücken aufweisen, wo der spätere Geschichtsschreiber am meisten die Wahrheit zu ergründen sich bemühen wird, nämlich bei den entscheidenden Vorgängen nach München und besonders im März, wo England seine Angriffe gegen Deutschland virtuell eröffnete. So wird es von selbst dahin kommen, daß die späteren Sachbearbeiter der neuen Kriegsschuldfrage bei der Aufklärung aller wichtigen Punkte in der Hauptsache sich immer wieder der deutschen Weißbücher bedienen werden.

Trotzdem war die Veröffentlichung auch des englischen Blaubuches und des französischen Gelbbuches auch vom deutschen Standpunkt aus nur zu begrüßen. Für den aufmerksamen Leser geht die britisch-französische Schuld auch an diesem Kriege deutlich genug selbst aus diesen Buntbüchern unserer Gegner hervor. Das gilt besonders vom französischen Gelbbuch.

Der Prozeß um die neue Kriegsschuldfrage kann auf Grund der Akten unserer Gegner plädiert werden.

Als am 3. September 1939 in der letzten Unterredung, die Coulondre bei dem deutschen Reichsaußenminister nachsuchte,

Coulondre seine Kriegserklärung aussprach mit den Worten, daß Frankreich ab 17 Uhr dieses Tages seine Pflicht Polen gegenüber erfüllen werde, da gab ihm Herr von Ribbentrop die allein richtige Antwort: „Nun wohl, dann wird Frankreich der Angreifer sein."

England und Frankreich sind in der Tat für diesen Krieg verantwortlich.

Das deutsche Volk, geeint unter Adolf Hitler, aber hat begriffen. Es weiß, worum es geht.

In dem Buch „Geschichte zweier Völker", das Jacques Bainville im April 1915, mitten im Weltkrieg, herausgab, heißt es von den Ursachen des Krieges von 1914: „Dieser Krieg war in das Buch der Fatalität eingetragen von dem Tage an, da ein Deutschland wieder erstanden war." Der Krieg von 1914 ist deshalb geführt worden, wie Bainville an anderer Stelle sagt, weil Bismarck es gewagt hatte, gegen das ewige Gesetz des Westfälischen Friedens zu verstoßen, das da lautet, daß keiner König, keiner Herzog, keiner Führer sein darf in Deutschland.

Das gilt auch vom jetzigen Krieg. Das Echo, das der Kriegserklärung in den chauvinistischen Kreisen in England und Frankreich folgte, hat uns die Augen geöffnet.

Es geht um unser Reich, um die deutsche Einheit.

Dieser Krieg war in das Buch der englisch-französischen Oberschicht, die das Buch der Fatalität nach den Grundsätzen einer ewig gleichbleibenden Tradition glaubt führen zu können, von dem Tage an eingetragen, da man wahrnahm, daß Adolf Hitler es unternahm, das deutsche Volk endlich seiner vollen nationalen Einheit im großdeutschen Reich entgegenzuführen.

Schriften für Politik und Auslandskunde

25. Das neue Beamtengesetz vom 26. 1. 1937
Von Ministerialdirigent Hanns Seel

26. Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft
Von Dr. Bruno Kiesewetter

27. Die Judenfrage in der modernen Welt
Von Dr. Wilh. Ziegler, Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

28/29. Grundzüge einer Geschichte der artdeutschen Philosophie
Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Schwarz

30. Zeitgemäße Gedanken um Clausewitz
Von Generalleutnant z. V. Horst von Metzsch

31. Vergriffen

32. Vergriffen

33. Die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Vierjahresplanes
Von Dr. Bruno Kiesewetter

34. Volksdeutsche Zukunft
Von Prof. Dr. Friedrich Burgdörfer, Direktor beim Statistischen Reichsamt

35. Die historischen Grundlagen unserer Beziehungen zu Frankreich
Von Professor Dr. Friedrich Grimm

36. Böhmen und das Reich
Von Prof. Dipl.-Ing. Rudolf Jung

37. Die Grundgedanken des Nationalsozialismus und das Ausland
Von Regierungsrat Dr. Herbert Scurla

38. Vergriffen

39. Wehrwirtschaftliche Tendenzen in der französischen Wirtschaftspolitik
Von Dr. Wilhelm Grotkopp

40/41. Historische Fälschungen als Werkzeug der Politik
Von Dr. Helmut Süpke

42. Der deutsche Rassengedanke und die Welt
Von Prof. Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.

43. Die Baukunst im Dritten Reich
Von Hans Stephan, Oberbaurat beim Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt

44. Vergriffen.

45. Die Verteidigung der Rasse durch das Recht
Von Ober-Reg.-Rat Dr. Falk Ruttke

46. Polens Stellung in Ostmitteleuropa
Von Dr. Herbert Ludat

47/48. Demokratie und Außenpolitik der USA.
Von Prof. Dr. Friedrich Schönemann

49/50. Die Entstehung des Krieges 1939
Von Werner Frhr. von Rheinbaben, Staatssekretär a. D.

51. Vergriffen

52. Die Ernährung des deutschen Volkes im Kriege
Von E. Fritz Baer, Reichsabteilungsvorstand im Reichsnährstand

53. Der Arbeitseinsatz im Kriege
Von Dr. Walter Stothfang, Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium

54. Die Neutralen und Deutschland
Von Prof. Dr. Heinrich Rogge

55. Die geistige Wehrerziehung der deutschen Jugend
Von Hauptbannführer Gert Bennewitz

56/57. Die Zerschlagung Deutschlands. Verträge und Kriegsziele 1648, 1914 und 1940
Von Dr. Helmut Süpke.

58. Erziehung und Wissenschaft im Kriege
Von Oberregierungsrat Hans Huber

59/60. Wer trieb Frankreich in den Krieg?
Von Friedrich Klein

61. England und Italien im Mittelmeer
Von Dr. Albert Prinzing

62. Die neue Kriegsschuldlüge
Von Professor Dr. Friedrich Grimm

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin